

Analyse

Markus Persson Der schwedische Gameentwickler wird heute wohl zum Milliardär. Von *Philippe Amrein*

Der Herr der Würfel

Es ist der grosse Traum jedes Selfmade-Unternehmers: Man entwickelt ein innovatives Produkt, hat damit Erfolg, gründet eine Firma - und verkauft diese dann für einen immens hohen Preis an einen Grosskonzern. Dieser Traum dürfte für Markus Persson heute in Erfüllung gehen, denn aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Softwaregigant Microsoft Perssons Computerspielfirma Mojang - einen Betrieb mit gerade mal 31 Angestellten - für einen Preis von rund zwei Milliarden Dollar übernehmen.

Im Kern geht es bei dem Geschäft um das Spiel «Minecraft», das sich bislang über 55 Millionen Mal verkauft hat und als absoluter Klassiker gilt, nachdem es vergangenes Jahr in die Videospielsammlung des Museum of Modern Art aufgenommen worden ist. Der Inhalt von «Minecraft» ist simpel: Der Spieler bewegt sich durch eine weitläufige Landschaft, sammelt dabei



Rohstoffe wie Holz, Kohle, Eisenerz oder Gold, die sich als grob gepixelte Würfel präsentieren. Diese Würfel fügt man anschliessend zu Werkzeugen und Gebäuden zusammen. So entsteht allmählich eine eigene, klobig anmutende Welt.

Das Spiel ist in seiner endgültigen Version im November 2011 für den PC lanciert worden, später sind Fassungen für weitere Plattformen dazugekommen. Die kreative Kontrolle über die Gameentwicklung hat Persson kurz nach der Lancierung abgegeben, um sich anderen Projekten zu widmen und neue Spiele zu ersinnen. Das nämlich ist die Triebfeder des 35-jährigen Schweden, der bereits mit sieben Jahren auf dem Commodore 128 seines Vaters mit dem Programmieren begonnen und ein knappes Jahr später sein erstes eigenes Computerspiel kreiert hat. Nach Abschluss der Schule absolvierte er ein Grafikdesignstudium

und arbeitete anschliessend bei verschiedenen Spieleentwicklern als Programmierer, bevor er sich schliesslich 2009 mit Mojang selbstständig machte.

Persson, der auch Mitglied der Hochbegabtenvereinigung Mensa und der schwedischen Piratenpartei ist, wird in der Gamerszene als Held verehrt, weil er sich als unabhängiger Unternehmer souverän gegen die Giganten der Branche behauptet hat. Dazu gehörte, dass «Notch», wie die Fans ihn nennen, sich gern über IT-Konzerne wie Facebook lustig machte. Microsoft sparte er bei seinen Kritikeleien nicht aus: Das Betriebssystem Windows 8 bezeichnete er einst als «Katastrophe».

Dass der bärtige Schöpfer der Würfelwelt sein Lebenswerk nun ausgerechnet an den Softwaremulti verkaufen will, wird von der «Minecraft»-Community mit Unverständnis

und bitterem Spott quittiert. «Ich hoffe, das ist ein schlechter Witz», twitterte ein enttäuschter Spieler, andere bezichtigten Persson der Geldgier.

Letzteres dürfte jedoch kaum der Beweggrund für den Verkauf von Mojang sein. Persson verfügt bereits über ein Vermögen von schätzungsweise 100 Millionen Dollar. «Mir ist es gelungen, massenhaft Geld zu verdienen», schrieb er Anfang 2013 auf Reddit.com. «Wenn ich die neusten Rechner und Konsolen erst erworben habe, gibt es, abgesehen von Reisen, allerdings nur wenig, wofür ich das Geld ausgeben könnte.» Notch ist als grosszügiger Spender bekannt, der Organisationen wie Médecins sans Frontières oder die Electronic Frontier Foundation mit substanziellen Beiträgen unterstützt. Die Microsoft-Milliarden kommen also in sehr gute Hände.

Menschenrechte Zwei Volksinitiativen rütteln an humanitären Grundwerten. Von *Daniel Thürer**

Eine problematische Nabelschau

Die Stimmbürger sind andauernd gefragt. Sie sollen über sinnvolle und nicht sinnvolle, verantwortungsvolle und nicht verantwortungsvolle Verfassungsinstrumente entscheiden. Derzeit sind zwei Volksbegehren geplant, welche die Menschenrechte tangieren. In ihrem Umfeld werden unwürdige Debatten zu wichtigen Themen geführt - würdige Debatten zu wichtigen Themen bleiben aus.

In letzter Zeit weckten einzelne Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte heftige Kritik. Strassburg sei übereifrig und doktrinär, so der Tenor. Die Staaten sollten vermehrt in eigener Verantwortung ihren verfassungsmässigen Rechten und menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen.

Eine Diskussion über die spezifische Rolle des Gerichtshofs und eine angemessene Teilung der Verantwortung mit den nationalen Gerichten ist berechtigt. Extremisten fordern nun aber einen Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Das ist unverantwortlich und gefährlich. Verkannt wird, dass hier Zivilisationswerte erster Ordnung verbrieft sind. Das Vertragswerk basiert auf der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948, die eine Reaktion der Völker auf den katastrophalsten Krieg in der Geschichte der Menschheit war.

Aus der Nabelschau lokaler Betroffenheit die Europäische Menschenrechtskonvention als ein bürokratisches Machwerk abzutun, ist engstirnig und unmoralisch. Die korrekte Handhabung und angemessene Fortentwicklung der Konvention liegt nicht von ungefähr in der gemeinsamen Verantwortung der europäischen Staaten. Schlägt ein Staat - und gerade die Schweiz - die erste Bresche, droht der Damm bald einmal zusammenzubrechen.

Die Wirkungssphären zwischen Strassburg und den Mitgliedsstaaten müssen sorgfältig geprüft werden. Die kleine Münze soll nicht die Angelegenheit des Europäischen Gerichtshofs sein. Auch soll er Rücksicht nehmen auf unterschiedliche Traditionen und Menschenrechtsverständnisse. Gefordert ist der aufgeschlossene Dialog zwischen den Gerichten, in der Wissenschaft und in der Politik. Wer aus Ärger über Einzelfälle der

Konvention als solcher den Rücken kehren will, handelt so unüberlegt wie ein Kind, das die Schule verlässt, nur weil es - gerechterweise oder nicht - in einer Prüfung eine schlechte Note erhalten hat.

Norwegen als Vorbild?

Eine andere geplante Volksinitiative betrifft das Asylwesen. Zu Recht wird von den Verfechtern gesagt, dass angesichts des Ausmasses der Flüchtlingsströme die traditionellen Instrumente des Asylrechts nicht mehr genügen. Humanitären Katastrophen sollte vor Ort begegnet werden, wird argumentiert. Es fehlen aber konstruktive Vorstellungen und Impulse, wie die Missstände konkret bekämpft werden können.

Ein Vorbild könnte ganz allgemein Norwegen sein. Gerade weil es reich und nicht EU-Mitglied ist, hat dieses Land eine Vielzahl von kleinen und effizienten humanitären Projekten lanciert. In Osteuropa - und nicht nur hier - stösst man überall auf Werke mit der Inschrift «Sponsored by Norway». Vielleicht ist es auch kein Zufall, dass der einst im Rahmen des Völkerbunds eingeführte Flüchtlingspass vom Norweger Fridjof Nansen erdacht und initiiert wurde. Wir sollten darüber nachdenken, ob die (reiche, demokratische) Schweiz nicht besondere Werke zur Flüchtlingsbetreuung im Ausland einrichten und unterstützen könnte. Dies allenfalls unter Rückgriff auf das Milizsystem: den Einsatz von Zivildienstpflichtigen oder Freiwilligen der älteren Generation. Auch im Bereiche der Ethik und des Rechts sollten wir zu den kompetitivsten Ländern gehören.

Wir Schweizer sind stolz auf die Errungenschaften von 1848. Sie verkörpern die «Idee» der Schweiz. Wir sollten aber nicht verkennen, dass heute vergleichbare humanitäre und menschenrechtliche Prozesse im Gang sind, nur eben im gesamteuropäischen Raum. Ist die «Idee» der Schweiz nicht näher mit der «Idee» Europas verwandt, als viele annehmen?

** Daniel Thürer ist emeritierter Professor für Völkerrecht und Europarecht an der Universität Zürich und schweizerisches Mitglied der Europaratskommission gegen Rassismus und Intoleranz.*



Gut, schlau und weise: Affengott Hanuman mit Prinz Rama. Foto: Alamy

Indien Der biometrische Ausweis soll die Verwaltung revolutionieren. Von *Manuela Kessler*

Die göttliche ID

Was hat man sich von der Einführung eines biometrischen Ausweises nicht alles versprochen. Dem indischen Volk wurde die Neuerung nicht als schöne Sicherheitsmassnahme im Anti-Terror-Kampf und schon gar nicht als profaner Verwaltungsakt verkauft wie in den meisten anderen Ländern. Nein, die Regierung erklärte das Ganze zu einem Prestigeobjekt, einer Riesensache, welche die indische Bürokratie von Grund auf reformieren würde.

Seit Menschengedenken scheint es nämlich so, als bestünde der Lebensinhalt all der Beamten in dem weiten Land im Stempeln, Hin-und-Herschieben und Auftürmen von Dokumenten. Ohne Schmiergeld geht hier kaum etwas. Das Schlimmste dabei: Milliarden, die für Wohlfahrtsprogramme für die Ärmsten gedacht sind, werden an ihnen vorbeigeschleust. Das geht sehr einfach, solange ihre Existenz nirgends verbrieft ist.

Eine Kulturrevolution, nichts weniger, verhiess die Regierung 2010. Herbeiführen sollte sie niemand Geringerer als Nandan Nilekani, der Gründer des IT-Konzerns Infosys, einer der angesehensten Unternehmer des Landes. Die Personalie unter-

strich, wie ernst es den Entscheidungsträgern in Delhi mit dem biometrischen Ausweis für 1,2 Milliarden Inderinnen und Inder war. Von einem jeden sollten zehn Fingerabdrücke, zwei Iris-Scans und ein Porträtfoto in einem Mikrochip gespeichert werden und sie unverwechselbar machen. Ein Quantensprung aus dem Nichts in ein nationales Online-System.

In den letzten Jahren ist es verdächtig ruhig um das Grossprojekt geworden. Jetzt hat die Identitätskarte mit der Nummer 2094 7051 9541 landesweit Schlagzeilen gemacht, weil der Pöstler sie nicht hat zustellen können. Die Unique Identification Authority of India hat das Dokument nämlich ausgestellt auf «den hochverehrten Hanuman», den hinduistischen Affengott. Im Bild ist er mit Goldkrone und Perlenkette zu sehen.

Die ganze Nation amüsiert sich nun darüber, wie die Behörden vorgeführt werden. Von Hanuman, der als gut, schlau und weise gilt. Als Vorkämpfer gegen dämonische Kräfte, als Befreier von Gefahren und Angst. Das passt: Er hat die himmelschreiende Bürokratie überlistet. Wenigstens einmal. Göttlich, wahrlich anbetungswürdig!

Fussballstadion Zürichs Stadtrat irritiert mit seinem Schweigen.

Von *Marius Huber*

Es riecht nach Eigentor

Den Zürcher Stadtrat zu verstehen, fällt schwer: Da bietet ihm der Immobilienriese Swiss Prime Site (SPS) an, ein Fussballstadion zu bauen - zum Nulltarif, wie er sagt. Und was ist die Reaktion? Demonstratives Desinteresse. Das ist irritierend. Vor allem weil der Stadtrat seine Gründe nicht offenlegt.

Klar ist nur, dass die zwei Parteien Differenzen haben, was das Grundstück östlich des Stadions betrifft. Der Stadtrat will dort unbedingt jene Siedlung mit kostengünstigen Wohnungen bauen, die das Stimmvolk letztes Jahr gutgeheissen hat. SPS schwebt eine grössere Überbauung vor, mit der sich Geld verdienen lässt. Das wäre ihr Gegengeschäft für den Stadionbau.

Denn natürlich macht eine solche Firma keine Geschenke - sondern raffinierte PR in eigener Sache. Es ist daher angezeigt, wenn man ihr Angebot mit gesunder Skepsis prüft, um nicht übervorteilt zu werden. Man darf sich auch fragen, ob Zürich-West aus städtebaulicher Sicht wirklich eine weitere Überbauung im Stil des von SPS gebauten Prime Tower braucht.

All das hat der Stadtrat sicher getan, und das zu Recht. Unverständlich ist, warum er keine Bereitschaft zeigt, mit einem Bewerber dieses Kalibers alle Optionen zu diskutieren. Sein Spielraum ist klein genug. Ein öffentlich finanziertes Stadion ist definitiv vom Tisch, und private Investoren, die bewiesen haben, dass sie ein solches Projekt stemmen können, sind selten. SPS ist einer. Andere, wie der Hörgerätemilliardär Andy Rihs, haben abgesagt.

Fürs Verhalten des Stadtrats gibt es drei Erklärungen, zwei davon sind unschön. Aber erst die optimistische: Er ist sich längst einig mit einem anderen Investor, der seine Vorgaben akzeptiert, darf das aber noch nicht mitteilen. Die enttäuschende wäre: Ihm fehlt der Mut, mit Pragmatismus gegen die Vorurteile der links-grünen Wählerbasis anzutreten. (In deren Augen wäre es ein Sakrileg, eine kommunale Siedlung zugunsten eines renditeorientierten Projekts infrage zu stellen.) Die entlarvende Erklärung schliesslich wäre: Er tut nur so, als unterstütze er ein privat finanziertes Stadion. Im Interesse seiner eigenen Glaubwürdigkeit muss er jetzt Stellung beziehen. Das ist das Mindeste.